









Krisis in den Pariser Besprechungen.

Der Sachverständigen-Bericht über Oberschlesien dem Obersten Rat übergeben, der aber noch zu keiner Einigung gelangt ist. Lloyd George reist nach London zurück.

Die Verhandlungen am Donnerstag.

Aus Paris wird gemeldet: Lloyd George und Lord Curzon verhandelten Donnerstag vormittag von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr im Hotel Grillon mit Briand und Doucet. Wie die Davao-Agentur berichtet, ist in dieser Unterredung eine Einigung über die oberschlesische Grenzfrage nicht erzielt worden.

Die Sachverständigen haben ihren Bericht vollendet und ihn im Sekretariat der Konferenz niedergelegt. Er hat eine größere Anzahl autonomer sogenannter Inseln innerhalb des Industriegebietes festgelegt, die als unteilbare Einzelheiten bezeichnet werden. Jetzt müßte zwischen den einzelnen Inseln eine Grenzlinie gezogen werden.

Scharfer Gegensatz zwischen dem englischen und französischen Standpunkt.

Ueber die Verhandlungen, die Donnerstag vorm. zwischen Lloyd George und Lord Curzon einerseits und Ministerpräsident Briand und Doucet andererseits geführt wurden, um zu einer Entscheidung in der oberschlesischen Frage zu gelangen, berichtet die Agence Havas ferner: Auf englischer Seite sei man wenig geneigt, entgegenzukommen zu sein.

Das Journal des Debats vertritt den Standpunkt, daß die Regelung der oberschlesischen Frage nur dann gerecht und wahrhaftig politisch sei, wenn an Polen und Deutschland je so viel Gebiet falle, wie dem Prozenzfuß der von ihnen erzielten Stimmen entspreche.

Die Davao-Agentur verbreitet aus Rambouillet folgende Meldung: Von zehnjähriger Seite wird bekannt, daß die Sitzung des Obersten Rates, die Donnerstag abend um 5 Uhr stattfand, verlagert worden ist, um dem französischen, englischen und italienischen Ministerpräsidenten die Möglichkeit zu geben, die Prüfung eines Grenzvorchlages für Oberschlesien unmittelbar fortzusetzen.

Lloyd George verläßt Paris.

Reuter meldet aus Paris: Lloyd George fährt Freitag nach London zurück. Seine Rückreise hängt mit der freien Antwort zusammen.

Lord Curzon bleibt in Paris.

Reuter meldet aus Paris: Lord Curzon und die englischen Sachverständigen bleiben in Paris, um die Verhandlungen über die schlesische Frage fortzusetzen. Lloyd George hat eine neue Demarkationslinie an der polnischen Grenze vorgeschlagen, die Briand den französischen Sachverständigen vorgelegt hat.

Davao berichtet, daß man in den englischen Kreisen der Konferenz versichert, Lloyd George habe die Absicht, Freitag mittag Paris zu verlassen. Er ist geneigt, am Sonnabend in London zu sein, um mit seinen Ministerkollegen über die irische Frage zu beraten.

Neue Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George.

Ministerpräsident Briand und Minister Doucet kehren um 4 Uhr nachm. von einem Frühstück aus Rambouillet nach Paris zurück. Sie berieten bis 6 Uhr miteinander und begaben sich alsdann zum Hotel Grillon zu einer Besprechung mit Lloyd George und Lord Curzon.

Verordn. nach Oberschlesien zurück. Blättermeldungen zufolge verläßt dort, daß General Verond den Aufbruch nach Oberschlesien zurückzuführen. Romanoff reist ebenfalls dorthin zurück.

Die Frage der Sanktionen. Der belgische Oberkommissar im Rheinland, Kollin Jacquem, ist in Paris angekommen, um an den bevorstehenden Besprechungen über die Sanktionen (Belgien am Rhein) teilzunehmen.

französische und der englische Oberkommissar, Girard und Roberison, sind bereits mehrere Tage in Paris.

Keine geheimen deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Verschiedene Blätter bringen eine Meldung der „Chicago Tribune“, daß unmittelbar bevorstehende Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau über Oberschlesien stattgefunden hätten, daß England einen Druck auf Deutschland und Frankreich einen Druck auf Polen ausgeübt habe, zu dem Zweck, zwischen den beiden Ländern eine unmittelbare Lösung der oberschlesischen Frage herbeizuführen.

Blättermeldungen zufolge soll die englische Regierung in Berlin schon vor der Pariser Konferenz unabweislich zu verstehen gegeben haben, daß die Teilung des oberschlesischen Industriegebietes unvermeidlich sei.

Der Oberste Rat für Hilfeleistung in Rußland.

Der Oberste Rat hat in der Nachmittagsitzung am Mittwoch, wie bereits gemeldet, sich für die Hilfe für Rußland ausgesprochen. Briand erklärte: Die französische Regierung habe gesagt, der Oberste Rat könne an einem so großen Unglück, wie es das russische Volk betroffen habe, nicht achtlos vorüber gehen.

Die Kontrolle der deutschen Luftschifffahrt.

Ueber die Besprechung der Frage der deutschen Luftschifffahrt im Obersten Räte berichtet Davao folgendes: Es standen sich zwei Auffassungen gegenüber. Von englischer Seite wurde erklärt, man müsse Deutschland Verträge schenken. Der Krieg sei nunmehr seit drei Jahren zu Ende. Man müsse endlich einmal zu einem neuen weltlichen Frieden kommen und alle Organisationen aufheben, die noch zu sehr an den Krieg erinnern.

Zu den vorgeschlagenen Besprechungen über die Kontrolle der deutschen Luftschifffahrt meint Journal des Debats, Frankreich könne nicht Anspruch erheben, auf unabsehbare Zeit Deutschland unter Vormundschaft zu halten. Das wäre eine Utopie. Ein Land lasse sich den Bau einer Luftflotte ebenso wenig verwehren, wie ehemals den Bau von Eisenbahnen.

Die alliierte Finanzkonferenz.

Die Konferenz der alliierten Finanzminister setzte Mittwoch die Prüfung der Rechnung der Alliierten für den Mai 1921 und die Verteilung der von Deutschland gezahlten Summen fort. Es wurden im einzelnen besprochen die Aufstellung der Rechnung, namentlich der Preis der Schiffe, der Preis der Kohle und die für die Saarbergwerke einzuliefernden Kohlen.

Die Davao teilt mit, wie auf der Finanzkonferenz auch der Wert der deutschen Naturalienlieferungen festgelegt werden.

werden. Es handelt sich namentlich um die auf dem Wasserwege zu liefernden Kohlen.

Polnische Kundgebungen für das Verbleiben bei Deutschland.

Am Dienstag abend fanden in zahlreichen Orten der Kreise Plesch und Rybnik von den Polen veranstaltete Versammlungen statt, in denen für das Verbleiben der beiden Kreise bei Deutschland demontriert wurde. Die in diesen Versammlungen angenommenen Resolutionen und Telegramme, die an Lloyd George und den Obersten Rat gerichtet waren, drückten diesen Willen der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck. Die polnischen Bewohner der beiden Kreise sind, soweit sie es nicht schon vorher waren, vornehmlich durch den letzten Putsch zur Erkenntnis gekommen, daß sie, wenn sie etwa Polen angesprochen werden sollten, dem wirtschaftlichen Ruin verfallen würden.

Während im Kreise Plesch die Versammlungen in Ruhe und ohne Folgen verlaufen sind, kam es nach den Versammlungen im Kreise Rybnik zu blutigen Zusammenstößen. Die aus Kongreßpolen und Großpolen herübergekommenen Polen und Haller-Leute fielen zusammen mit den Anhängern Romanoffs in der Nacht zum Mittwoch über die demontrierenden Versammlungsteilnehmer her und es kam zu schweren Schlägereien und Schieberereien mit blutigem Ausgange. Auch die Franzosen beteiligten sich an diesen Zusammenstößen. Die Schieberereien dauerten die ganze Nacht hindurch bis Mittwoch gegen 10 Uhr. Gerüchte, daß es sich hierbei um Anarcho-deutscher Kommunisten aus Rybnik gehandelt habe, sind völlig aus der Luft gegriffen.

Besprechungen in Berlin.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Der Reichskanzler hat den Reichstagspräsidenten Loh und den Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Abgeordneten Dr. Stresemann, telegraphisch zu einer Besprechung nach Berlin gebeten.

Zu dieser amtlichen Meldung erfahren die Berliner Blätter aus parlamentarischen Kreisen, daß es sich bei dieser Besprechung um eine Erörterung der politischen Gesamtlage handeln werde, deren Ernst die Reichsregierung veranlaßt habe, mit den beiden berufenen Vertretern des Parlaments möglichst enge Fühlung zu nehmen. Laut Dtsch. Allg. Ztg. sei es aber zum mindesten verfrüht, hieraus auf eine sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses oder sogar des Reichstages zu schließen. Entscheidende Dispositionen nach dieser Richtung könnten erst nach der Entscheidung über Oberschlesien getroffen werden.

Die Freigabe der Brotgetreideeinfuhr.

Die D. Z. V. hört, hat am 10. August eine Sitzung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Gerners stattgefunden, in der die Frage der freien Einfuhr von Brotgetreide, Weizen und Roggen, mit den in dem Ausschusse der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel vereinigten Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Viehzuchtindustrie erörtert worden ist. Sämtliche Vertreter der genannten Wirtschaftskreise haben sich namentlich mit Rücksicht auf die derzeitige Preisbildung für Weizen im Inlande einmütig für sofortige restlose Aufhebung der bisher bestehenden Einfuhrzölle für Brotgetreide ausgesprochen. Die Entscheidung des Reichsministers in der Frage soll schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Abrüstungs-Konferenz.

Reuter meldet aus Washington: Die Einladung zu der Abrüstungs- und Pacific-Konferenz ist an Großbritannien, Frankreich, Japan, China und Italien abgegangen worden. Der Text der Einladung wurde veröffentlicht. Er schränkt den Spielraum der Verhandlungen nicht ein, regt aber an, den Diskussionen zur See den ersten Platz unter den Verhandlungsgegenständen einzuräumen, wenn gleich die anderen Rüstungsarten von der Diskussion nicht ausgeschlossen sein sollen.

Aus Tokio wird vom 9. ds. Ms. gemeldet: Premierminister Hara fordert in einer Erklärung das japanische Volk im Zusammenhang mit der Washingtoner Konferenz auf, eine ruhige und würdige Haltung zu bewahren und allen Ereignissen mit großer Wachsamkeit zu folgen, sich jedoch jeder chauvinistischen Kundgebung zu enthalten. Der Premierminister wiederholte, daß Japan keinerlei territoriale Bestrebungen in Sibirien verfolge, und dieses Land so bald wie möglich räumen werde, daß es jedoch in der Ausführung dieser Pläne durch die letzten Veränderungen der Verhältnisse in Sibirien behindert werde.

Die internationale Friedens-Konferenz.

Davao meldet aus Luxemburg: Die internationale Friedens-Konferenz wurde Mittwoch eröffnet. Lafontaine wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die Teilnehmer am Kongreß wurden offiziell im Rathsaule empfangen, wo der Bürgermeister sie willkommen hieß und die besten Wünsche für den Erfolg der Arbeiten ausdrückte. Die deutschen Delegierten rief er, vor allem den Frieden in ihrem Lande zu organisieren und daran zu arbeiten, daß das demokratische Regime dort Wurzel fesse. Wenn die deutsche Demokratie lebendige Tatsache würde, so werde das Werk der Vergeltung beendet sein, und Friede werde auf der ganzen Welt herrschen. Lafontaine drückte in seiner Antwort den Dank der Versammelten aus und unterstrich die Worte, die über die deutsche Mitarbeit ausgesprochen worden waren.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Aus türkischer Quelle wird gemeldet, daß die Schlacht bei Gökischebir begonnen habe. Die Griechen hätten angegriffen und nach Osten vorzudringen versucht. Eine Gegenoffensive habe sie zerkümpert, sodas sie sich nach 30 stündigen Kämpfen auf ihre alten Stellungen hätten zurückziehen müssen.

